

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: W. Kanfer, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrücker, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Pettzelle oder deren Raum 1 Mk.  
Bergütigungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 50 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 30 Pfg.

## Die neue Teuerungszulage.

Das unablässige Wirken des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für die Verbesserung der Lage der Berufsgenossen wird der Kollegenschaft in diesen Tagen wieder deutlich in Erinnerung gerufen. Eine der Errungenschaften der letzten Vereinbarung vom 27. November 1917 ist in Kraft getreten. Vom 15. Februar an erhalten alle Lohn- und Akkordarbeiter, ebenso auch alle Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter eine Teuerungszulage von 5 Pfg. für die Stunde. Es steht zu erwarten, daß die Arbeitgeber diese Zulage ohne weiteres zahlen. Wo es nicht geschähen sollte, müssen sie in geeigneter Weise daran erinnert werden. Wenn dem Verlangen unserer Kollegen Widerstand entgegengesetzt wird, muß die Ortsverwaltung benachrichtigt werden. Diese sowie im weiteren der Gauvorstand und der Verbandsvorstand werden dann die geeigneten Schritte unternehmen, um den Kollegen zu ihrem Recht zu verhelfen.

Die Vereinbarung vom 27. November 1917, welche unseren Kollegen das Anrecht auf diese Teuerungszulage gibt, war die dritte, die in der verhältnismäßig kurzen Zeit seit dem Herbst 1916 abgeschlossen wurde. Zusammengekommen brachten diese Tarifbewegungen den Kollegen in allen Vertragsstädten eine Lohnerhöhung um 45 Pfg. pro Stunde; an vielen Orten nicht unerheblich mehr. In gleichem Maße wurden die vertraglichen Mindestlöhne erhöht. Für die Arbeiterinnen wurden Mindestlöhne festgesetzt, die Arbeitszeit wurde für alle Vertragsorte geregelt, und durch die Klasseneinteilung der Städte wurde die Grundlage für eine dem tatsächlichen Bedürfnis angepaßte allgemeine Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der deutschen Holzarbeiter geschaffen.

Die durch die drei Tarifbewegungen erzielten Lohnerhöhungen erscheinen hoch, wenn man sie mit den Erzeugnissen unseres Verbandes während der Friedenszeit vergleicht und auch neben den vertraglich festgelegten Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, die in anderen Berufen während der Kriegszeit erlangt wurden, können sich die Erfolge des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes sehr gut sehen lassen. Sieht man jedoch die während des Krieges eingetretene Verteuerung der Lebensbedürfnisse in Betracht, dann müssen allerdings die Lohnerhöhungen immer noch als unzureichend bezeichnet werden.

Was unser Verband vereinbart hat, sind aber nur Mindestleistungen der Unternehmer. Wo die Möglichkeit dazu gegeben war, haben unsere Kollegen Löhne erzielt, welche die vertraglichen Mindestlöhne ihrer Ortsklasse erheblich übersteigen. Die vertraglichen Mindestlöhne sind hauptsächlich ein Schutz für die Kollegen, die in Orten und Betrieben arbeiten, die von der Kriegskonjunktur wenig oder gar nichts gemerkt haben. Wie lange die günstiger gestellten Kollegen in der Lage sein werden, die Vorteile der Kriegskonjunktur für sich auszunutzen, läßt sich noch nicht übersehen. Ueber kurz oder lang wird auch für die Kollegen, denen die vom Verband vereinbarten Teuerungszulagen und Lohnerhöhungen gering erscheinen, der Tag kommen, an dem sie den Nutzen dieser vertraglichen Abkommen höher schätzen lernen.

Der im allgemeinen noch recht flotte Geschäftsgang darf uns nicht darüber täuschen, daß wir schlechteren Zeiten entgegengehen, in denen wir die Kraft unserer Organisation notwendig brauchen werden. Soll sie dann das leisten, was wir von ihr erwarten, dann müssen nicht nur alle Mitglieder dem Verband die Treue bewahren, sondern jeder Verbandskollege muß von jetzt an mit noch größerem Eifer als feither die Bemühungen der Ortsverwaltungen, der Gauvorstände und des Verbandsvorstandes unterstützen, möglichst viele neue Mitglieder für den Verband zu gewinnen. Die Zahl der Unorganisierten, besonders der weiblichen und der jugendlichen Kollegen, ist vielerorts noch recht groß. In den meisten Fallstellen hat sich unser Deutscher Holzarbeiter-Verband im verfloßenen Jahre glänzend entwickelt; trage jeder dazu bei, daß in der Aufwärtsentwicklung des Verbandes kein Stillstand eintrete.

## Gewerkschaftliche Betrachtungen zum Massenstreik.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Reichsregierung mit ihrer Weigerung, Vertreter der streikenden Arbeiter zu empfangen, einen großen politischen Fehler begangen hat. Offenbar hat man das auch in der Reichsleitung selbst empfunden; daher der Versuch, eine Brücke zu finden, die aus der verfahrenen Situation hinausführt. So erklärt es sich, daß der Reichskanzler am 21. Januar den Vorschlag machte, neben den Vertretern der beiden sozialdemokratischen Fraktionen auch die Generalkommission offiziell an den Verhandlungen zu beteiligen. Bei einer solcher Zusammenlegung der Kommission hätten sich gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, deren Beteiligung oder Nichtbeteiligung am Streik nicht nachgeprüft werden sollte, an den Verhand-

lungen teilnehmen können. Wäre diese Brücke betreten worden, dann hätte sich vermutlich eine Möglichkeit geboten, der Streikbewegung in irgendeiner Weise einen formellen Abschluß zu geben. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei hat es aber abgelehnt, der Generalkommission eine Vertretung in der Verhandlungskommission einzuräumen, und so blieb die Möglichkeit, überhaupt zu Verhandlungen zu kommen, unausgenutzt.

Es ist nicht unsere Aufgabe, nach Gründen zu suchen, die das Verhalten der Reichsleitung erklären. Aber die Gerechtigkeit verlangt, daß über den von der Reichsregierung begangenen Fehler nicht die Fehler übersehen werden, die in recht reichem Maße auch von der anderen Seite begangen wurden. Die Nachprüfung der Inangriffnahme und der Durchführung des Streiks erscheint uns um so notwendiger, als sie für unsere Arbeiterbewegung äußerst lehrreich ist.

Die Streikbewegung war eine politische Bewegung. Sie wurde durch politische Ursachen hervorgerufen, und sie hat sich politische Ziele gesetzt. Für die Gewerkschaften darf das aber kein Grund sein, die Vorgänge gleichgültig und mit verchränkten Armen zu betrachten. In der Bewegung war eine große Zahl Gewerkschaftsmitglieder beteiligt. Die politischen Zustände und die Vorgänge, welche den Anstoß zu der Bewegung gaben, berühren nicht nur die Gewerkschaftsmitglieder, sondern auch die Gewerkschaften als solche. Und schließlich haben die Gewerkschaftsführer in dem, was man als die Leuchte des Streiks bezeichnen kann, zweifellos die größere Erfahrung, die man sich zunutze machen mußte. Tatsächlich findet man auch, daß überall im Reich die Leitung der Bewegung nach Ausbruch des Streiks den politischen Organisationen und den Gewerkschaftsstellern übertragen wurde. Nur Berlin machte eine Ausnahme.

Betrachtet man die Dinge näher, dann findet man eine gewisse Analogie zwischen dem Verhalten der Behörden und der Arbeiter im Reich und in der Reichshauptstadt. In einer Reihe von Städten haben die obersten Zivil- und Militärbehörden mit den Streitenden verhandelt; die Zentralbehörden in der Reichshauptstadt haben es abgelehnt. Auch für die Arbeiterschaft in Berlin kamen als Leitung ohne weiteres ihre zentralen Körperschaften in Betracht. Zur Leitung der Bewegung wurden auch die Vorstände der beiden sozialdemokratischen Parteien berufen, aber die Generalkommission der Gewerkschaften wurde ausgeschaltet. Es muß festgehalten werden, daß die Generalkommission sich nicht selbst ausgeschaltet hat, sondern daß sie ausgeschaltet wurde auf Verlangen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Daß diese Ausschaltung der Gewerkschaftsleitung auf Berlin beschränkt blieb, erklärt sich vielleicht dadurch, daß in den übrigen Orten, in denen die Unabhängigen über einen erheblichen Anhang verfügen, wie Leipzig, Bremen, Braunschweig, die Streikbewegung nur einen verhältnismäßig geringen Umfang annahm oder überhaupt nicht zustande kam.

Ueber die Stellung der Generalkommission unterrichtet ein im „Vorwärts“ vom 1. Februar erscheinender Bericht über eine Sitzung der Generalkommission. Danach war man übereinstimmend der Meinung, daß die Bewegung aus politischen Ursachen erwachsen und in diesem Sinne eine politische, keine gewerkschaftliche Angelegenheit sei. Volle Einstimmigkeit bestand aber auch in der Auffassung, daß die politische Mißstimmung, aus der die Bewegung entstand, verständlich und am ehesten durch gerechtes Entgegenkommen an die Wünsche der Arbeiter zu beseitigen sei. Für die Beurteilung der Haltung der Generalkommission ist auch eine Zuschrift beachtenswert, die in deren Namen der Abgeordnete Bauer an das „Berliner Tageblatt“ gerichtet hat. Dieses hatte der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Generalkommission es abgelehnt hätte, mit dem Reichskanzler zu verhandeln, um nicht ihre „Neutralität“ gegenüber dem Streik zu verletzen. In Bezug hierauf sagt Bauer: „Die Generalkommission hat sich denn auch sofort bereit erklärt, dem Wunsch des Reichskanzlers Rechnung zu tragen und Vertreter zu den Verhandlungen zu entsenden. Es ist ihr gar nicht in den Sinn gekommen, daß sie durch die Beteiligung an den Verhandlungen ihre Neutralität verletzen könne.“

Wichtiger als die Vorgänge, die dem Abbruch des Streiks unmittelbar vorausgingen, und die allgemein bekannt sind, scheint uns eine Untersuchung der Umstände, die den Ausbruch des Streiks veranlaßt haben. Eine Schilderung der politischen Zustände, die die Hochspannung erzeugt haben, können wir uns hier ersparen. Auch der Massenstreik in Oesterreich, der durch ähnliche Gründe hervorgerufen wurde, hätte die Entladung noch nicht veranlaßt, zumal es an einem unmittelbaren Anstoß, wie es in Oesterreich die Verabsagung der Wehraktion war, fehlte. Man hat von arbeiterfeindlicher Seite geheimnisvolle Andeutungen über Gelder aus dem feindlichen Ausland gemacht, durch welche der Streik hervorgerufen wurde. Das Widersinnige dieser Behauptung liegt auf der Hand. In weit höherem Maße kann die Schuld an dem Ausbruch des Streiks dem in Deutschland herrschenden Belagerungs- und Zensurzustand und der Zensur beigemessen werden.

Belagerungszustand und Zensur haben eine Stütze erzeugt, in der die unsinnigsten Gerüchte leicht phantastische

Formen annehmen. Das ist die Atmosphäre, in der Lockspitzel und ähnliche dunkle Existenzen gedeihen. Die unglückselige Zersplitterung der Arbeiterbewegung hat das ihrige getan. Ohne Belagerungszustand und Zensur hätte manches Wort der Aufklärung gesprochen werden können, das den Nebel, der sich um die Köpfe vieler Arbeiter gelegt hat, zerrissen hätte. Im Dunkeln gedieh der Wurm der Zwietracht. Verleumdungen und Sekereien gegen die im Dienste der Arbeiterbewegung ergrauten Führer der Organisationen feierten Triumphe, und das künstlich genährte Mißtrauen wurde mit Berechnung auch gegen die Organisationen selbst gelenkt. Die Schwierigkeit, an die Massen heranzukommen, ließ Kräfte an die Oberfläche gelangen, deren Hauptstärke in dem fleißigen Gebrauch radikaler Redensarten liegt. Die Unabhängigen, die sich für so radikal halten, daß sie mit der Sozialdemokratischen Partei keine Gemeinschaft mehr führen können, genügten den Ansprüchen an Radikalismus nicht mehr. Es bildeten sich weitere Gruppen, denen der „Radikalismus“ der Unabhängigen schlapp und zahm erschien, und die noch viel „radikalere“ Redensarten führten. Die links von den Unabhängigen stehenden Gruppen, die Spartakusse, die Linksradiakalen und wie sie sich sonst nennen, sind im einzelnen schwer zu unterscheiden. Alle Abspaltungen von der Sozialdemokratischen Partei haben aber das miteinander gemein, daß sie mit der alten Partei auch die Gewerkschaften auf das wütendste bekämpfen.

Dieser Kampf, der in der Hauptsache in der Verdächtigung der Führer besteht, wird öffentlich, noch stärker aber im geheimen betrieben. Ihm dienen vorzüglich anonyme Flugblätter, die im übrigen mehr oder weniger starke Anklänge an die anarcho-sowjetische Gedankenwelt verraten. Die Führer werden mit Schmutz beworfen, die Masse wird umschmeichelt. Ihr sucht man weiszumachen, daß sie ohne die Führer und gegen die Führer ihr Ziel viel besser erreichen könne. Solcher Art waren auch die Flugblätter, in denen zum Streik aufgefordert wurde. Sie riechen zum Teil stark nach der Arbeit von Lockspitzeln, welche die Arbeiter zu unsinnigen Tugenden verführen wollen, die mißlingen müssen, aber der Reaktion nachher Oberwasser geben. Die durch Belagerungszustand und Zensur erzeugte Atmosphäre erleichtert es, daß diesen Orduerzeugnissen Glauben geschenkt wird, zumal in einer Zeit der politischen Hochspannung.

Der künstlich erzeugte Nebel ist aber nicht undurchdringlich. Bezeichnend dafür ist der Vorgang in der Versammlung der Vertreter der Berliner Streikenden am 29. Januar, als der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei seine Bereitwilligkeit erklärt hatte, sich an der Leitung der Bewegung zu beteiligen, wenn man ihn rufen würde. Mit den stärksten Worten wehrte sich der unabhängige Abgeordnete Ledebour gegen die Zuziehung des Vorstandes der alten Partei. Seine Rede bewirkte aber das Gegenteil. Der Sturm des Widerpruchs wurde so stark, daß Ledebour seine Rede unvollendet abbrechen mußte und neun Zehntel der Anwesenden dafür stimmten, den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei einzuladen, die Führung mit zu übernehmen.

In der Stunde der Gefahr lassen wir unser Vaterland nicht im Stich, so hat an dem denkwürdigen 4. August 1914 im Namen der sozialdemokratischen Fraktion ihr damaliger Vorsitzender Haase erklärt. Dieses Wort gilt nicht nur gegenüber dem Vaterland, sondern auch in weit höherem Maße gegenüber den Klassengenossen. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei und die Generalkommission der Gewerkschaften haben den Streik nicht inszeniert. Er ist ohne ihr Wissen ausgebrochen, und sie hätten, hätte man sie vorher gefragt, wahrscheinlich abgeraten. Aber als sie vor der vollendeten Tatsache standen, da haben sie sich ohne Besinnen zur Verfügung gestellt, um die Bewegung zu einem gezielten Ende zu führen. In der Stunde der Gefahr lassen die berufenen Arbeitervertreter ihre Klassengenossen nicht im Stich!

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei hat in unbegreiflicher Verblendung die Zuziehung der Generalkommission zur Verhandlungskommission verhindert und damit Verhandlungen überhaupt hintertrieben. Das hindert sie aber nicht, nachträglich in ihrer Presse neue Anwürfe gegen die Gewerkschaftsführer zu richten. Das sieht aus, als fürchte man, daß aus dem Zusammenarbeiten zwischen den beiden Parteien mit den berufenen Gewerkschaftsvertretern im Reich ein besseres gegenfeitiges Verhältnis und letzten Endes die Wiedervereinigung erwachsen könnte. Wir können den Gang der Dinge in Ruhe abwarten. Der gesunde Sinn der Arbeiter bricht sich trotz aller Verirrungen Bahn. Der mißlungene Massenstreik hat bei all dem namenlosen Unglück, das in seinem Gefolge einhergeschreitet, doch die eine gute Wirkung, daß er die Arbeiter zum Nachdenken anregt. Dadurch wird sich in ihnen die Heberzeugung festigen, daß Jank und Streik in der Arbeiterschaft nur unseren Feinden Wasser auf die Mühle leitet. Die Arbeiterschaft wird hart und unüberwindlich nur durch feste Organisation.





Die Mitwirkung tüchtiger Kunstgewerbler bei der Schaffung von Typen braucht nicht von vornherein so entschieden zurückgewiesen zu werden, wie es in der Eingabe der sächsischen Möbelfabrikanten geschieht.

Die Frage der Kreditgewährung wird unseres Erachtens in der Eingabe etwas zu beiläufig behandelt. Sie wird sich in der Praxis als sehr wichtig erweisen. Trotz der Verbilligung werden die Möbel noch soviel Geld kosten, daß die meisten Käufer sie nicht werden bar bezahlen können.

Es ist auch nicht angebracht, die Möbelversorgung nur auf die Kriegsteilnehmer zuzuschneiden. Möglich, daß die Frage in dieser Verdrängung für manche Kreise schmachhafter wird, man darf sich aber nicht verhehlen, daß die Möbelversorgung nicht nur die Kriegsteilnehmer angeht, sondern für die gesamte minderbemittelte Bevölkerung gelöst werden muß.

Gewerkschaftliches.

Aus den amerikanischen Gewerkschaften.

Die amerikanischen Gewerkschaften haben im letzten Jahre eine außerordentlich starke Mitgliederzunahme erfahren. Auf dem 37. Jahreskongress des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, der Mitte November vorigen Jahres in Buffalo tagte, konnte mitgeteilt werden, daß die Mitgliederzahl im abgelaufenen Jahre um 298 732 gestiegen und auf 2 271 434 angewachsen ist.

Für den Geist der amerikanischen Gewerkschaften kennzeichnend, aber durchaus nicht rühmend für sie ist die Annahme einer anderen Resolution, in welcher die Regierung angefordert wird, ein Gesetz zu erlassen, das die Deportation aller Bürger der alliierten Länder ermöglicht, die in den Vereinigten Staaten wohnen, aber sich weigern, im Dienst des eigenen Landes oder in dem der Vereinigten Staaten Militärdienst zu leisten.

Im Zusammenhang mit diesen Fragen berichtet die „Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung“, der wir die tatsächlichen Angaben entnehmen, über einen neuen interessanten Schadenersatzprozess gegen eine amerikanische Gewerkschaft. In den Vereinigten Staaten existiert das nach seinem Urheber genannte Sherman-Gesetz, welches sich gegen das gemeinschaftliche Treiben der Trusts richtet.

Buchdrucker als Schwerarbeiter.

Der Vorstand des Buchdrucker-Verbandes hat sich an das Kriegsernährungsamt mit einer Eingabe gewendet, in welcher um die Anerkennung der in den Buchdruckereien beschäftigten Arbeiter je nach der Art ihrer Beschäftigung als Schwer- bzw. Schwerstarbeiter gebeten wird.

Die Eingabe ist erfolglos geblieben. Das Kriegsernährungsamt hat die Forderung der herausgegebenen Richtlinien abgelehnt und darauf hingewiesen, daß die Anerkennung von Personen als Schwer- und Schwerstarbeiter lediglich in der Hand des zuständigen Kommunalverbandes im Einvernehmen mit dem Arbeiterausschuß liegt.

Der „Korrespondent“, das Verbandsorgan der Buchdrucker, ist des öfteren in der Lage, berichten zu können, daß an einzelnen Orten den Buchdruckern Schwerarbeiterzulagen bewilligt werden. Er weist aber mit Recht darauf hin, daß eine empfindliche Ungleichheit besteht, wenn einzelne Kommunalverbände Zulagen bewilligen, während andere, angrenzende unter Hinweis auf die zentralen Richtlinien Vorträge auf Zulagen ablehnen.

Schulforderungen der Bergarbeiter.

Die „Bergarbeiter-Zeitung“ berichtet, daß die Ausstandsbewegung auch auf eine größere Anzahl Schulen des Ruhrgebietes übergriffen habe. Die Schulschleusen waren ein bis zwei Tage ausständig, und alles vollzog sich in Ruhe und Ordnung.

Der Verband der Väter und Konditoren veröffentlichte seine Jahresabrechnung. Der Verband hat infolge der fortwährenden Einberufungen an Mitgliedern verloren. Er hat jetzt 34 000 Mitglieder im Vereinsdienst. Am Jahresabschluss betrug die Zahl der noch vorhandenen männlichen Mitglieder 4839; zu Beginn des Jahres waren es 5306.

Im Gemeindefacharbeiter-Verband hat eine Abstimmung über die zur Gesundung der Finanzen erforderlichen Maßnahmen stattgefunden. Hierbei wurden den Mitgliedern zwei Vorschläge zur Auswahl unterbreitet. Nach dem einen sollten die Beiträge um 10 Pf. erhöht, nach dem andern bei gleichbleibendem Beitrag die Höhe der Krankenunterstützung ermäßigt werden.

Im Tabakarbeiter-Verband wird eine Vorlage zur Erhöhung der Beiträge und der Unterstützungen zur Abstimmung gestellt. Die Beiträge sollen sich nach der Lohnhöhe richten und bei einem Wochenverdienst bis 15 Mk. 35 Pf., bei 15 bis 21 Mk. Wochenverdienst 50 Pf. und bei höherem Verdienst 75 Pf. betragen.

Literarisches.

Annalen für Soziale Politik und Gesetzgebung. Diese von Dr. Heinrich Braun herausgegebene Zeitschrift vollendet mit der jetzt vorliegenden Ausgabe, die das vierte bis sechste Heft umfaßt, ihren fünften Band. Die „Annalen“ erfreuen sich eines stets wachsenden Ansehens, das durch den reichen Gehalt ihrer Beiträge begründet ist.

Geerbene Mitglieder. Gustav Hennig, Tischler, 40 Jahre, gest. in Berlin. Anton Regel, gest. in Mühlhausen, Ostf. Franz Engelstein, Tischler, 53 J., gest. in Dresden. Max Klein, Tischler, 25 Jahre, gest. in Berlin.

Möbeltischler haben Beschäftigung bei Walter Starig, Finsterwalde (M.-P.). Tischler sucht Tischlermeister Friedrich Goss, Jena (M.-P.), Götzeplatz 10. Metzler Schmeißer und Siede verlangen Alphonse F. Metz & Co., Berlin D. 31, Gubenstr. 47. 20 Korbmacher auf runde Gefäße sollen ihren am Galm & Ahlfeld, Berlin, annehmen. Verabreichung, Berlin.

Korbmacher für 15-cm-Längsgranaten-Bohrer sucht Wespel Reich, Dresden-Kleist, Schenkerstraße 53. Geübte Bürsteneinzieherin sucht Herr von Helldorf, Gröbenweg 14. H. Schröder, Berlin-Steglitz, Kriemhildstraße 25. Maschinenmeister mit allen Holzverarbeitungsarbeiten vertraut, 21 Jahre in einem Geschäft tätig gewesen, sucht Stellung. Ben bevorzugt. Offerten sind zu richten an den Arbeitsnachweis der Deutsch. Holzarbeiter-Verbandes, Geschäftsstelle Wittenberge, Postamtstraße 57.

Bürstenmacher-Werkzeug gebraucht oder neu, als Haarkeschren, Stockscheren, Kämmen usw., kauft C. Fogelberg, Wilmersdorf 9 (central.). Für die Jahresschriftenbibliotheken! Holzarbeiter-Zeitung 1917 auf 10-cm-Doppel- und 12-cm-Doppel-Formaten. Preis 1,00 Mk. (einschl. Porto). Bestellungen an den Verlag, Berlin, Unter den Eichen 10. 1918 bis 1919 ist noch ein kleiner Rest vorhanden. Verlagsgesellschaft des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2.

Ebenholz- und Kokus-holzabfälle zu kaufen gesucht. HUGO KÖLLER-SOLINGEN STAHLWARENFABRIK.

TISCHLER-FACHSCHULE DETMOLD Ausbildung zum Meister, Werkmeister und Zeichner in kurzfristigen Kursen. Bescheid von vielen Kriegsbeschäftigten-Pflichterfüllern. Auskunft durch die Direktion: B. Kellner

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe. Wochenbericht vom Sonnabend, 2. Februar, bis Freitag, 8. Februar 1918. A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen, B = Offene Arbeitsstellen, C = Ermeldete Arbeitslose am Schluß der Woche. Table with columns for Ort, Besetzt, Offene Stellen, and Arbeitslose, with sub-columns for A, B, C and total counts.